

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, Dezember 2011

61. Jahrgang, Nr. 710

Junge Menschen mit deutscher Geschichte in Berührung bringen

Teilnehmer des VOS-Zeitzeugenprojekts in NRW werden zum Landtagspräsidenten eingeladen

Als Würdigung des mit viel Engagement für die Schulen in NRW ins Leben gerufenen Zeitzeugenprojekts wurden die Initiatoren und einige Aktivposten am 16. November zum offiziellen Empfang beim Landtagspräsidenten Eckehard Uhlenberg nach Düsseldorf in den Landtag eingeladen. Für Uhlenberg, der über die Aktivitäten der Gruppe gut informiert war, gilt die ehrenamtliche Tätigkeit der Zeitzeugen als „Arbeit von unschätzbarem Wert“.

Das Zeitzeugenprojekt war 2008 durch Detlef von Dechend und Herbert Kühn von der VOS ins Leben gerufen worden, es wird von kompetenten Historikern der Ruhr Universität Bochum betreut. Das Projekt

wird seit 2008 durch die Landeszentrale für Politische Bildung NRW und seit 2009 durch die Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert.

Die Städte, in denen bisher an Schulen Vorträge gehalten wurden, verteilen sich auf das ganze Bundesland Nordrhein-Westfalen und gehen auch darüber hinaus. Beispiele sind Bocholt, Herford, Paderborn, Jülich, Bielefeld, Essen, Köln, Düsseldorf, aber auch Papenburg und Oldenburg in Niedersachsen.

Ziel des Zeitzeugenprojekts ist es, in Zukunft noch mehr Schulen zu erreichen, da der Geschichtsstoff zur DDR und zur kommunistischen Diktatur insgesamt viel zu wenig, teilweise gar nicht behandelt wird.

Inzwischen kann man sich auf der Internetseite des Zeitzeugenprojekts informieren, oder man ruft bei dem Anbieter You tube die hier eingestellten Videos VOS Zeitzeugen ab.

B. Thonn

Auf dem Foto: **oben** (v. l.): Andreas Herzog; Siegfried Jahnke; Dr. Frank Hoffmann; Christoph Becke (VOS); Heinz Holtschke (VOS); **Mitte** (v. l.) Rotraut von Dechend (VOS); Dr. Dietrich Koch; Detlef von Dechend (VOS); Dieter Rother; **vorn** (v. l.) Siegrid Richter (VOS); Jochen Stern; Landtagspräsident Eckehard Uhlenberg; Lehrerin Frau Reichenbachs; Ellen Thiemann.

© Foto: Bernd Schaelte

Bericht Seite 14 dieser Ausgabe



**Allen Leserinnen und Lesern, Kameradinnen und Kameraden der VOS ein
gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr Gesundheit und Glück!**

Das Jahr 2011 geht zu Ende, wie üblich und wie es auch die anderen Medien tun, möchte ich daher an dieser Stelle auf die zurückliegenden zwölf Monate blicken. Allerdings dürften die Ereignisse der Monate November und Oktober bereits genug Stoff liefern, um diesen Redaktionsartikel auszufüllen. Dies betrifft sowohl das Geschehen in der Bundespolitik wie jenes in der VOS, nicht zuletzt auch in meinem persönlichen Leben.

Zunächst kurz zu mir: Mitten in der Redaktionsarbeit musste ich kurzfristig zu einem OP-Termin ins Krankenhaus. Aus diesem Grund ist die November-Ausgabe der Freiheitsglocke nur mit zwölf Seiten und diesmal früher als gewohnt erschienen. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus sind mir sechs Wochen Ruhe und eine Kur verordnet worden. Die Ruhe halte ich – soweit möglich – ein, zu einer Kur kann mich jedoch nicht aufrufen.

Der krankheitsbedingte Ausfall gab mir zu der Überlegung Anlass, was passieren wird, wenn ich die Aufgabe als Redakteur nicht mehr ausfüllen kann. Die Arbeit an der Freiheitsglocke ist in den letzten Jahren keineswegs leichter geworden. Vor allem durch die Dauerklage eines gegnerischen Anwalts wurde die grundsätzliche Frage aufgeworfen, inwieweit dürfen wir in unserer Zeitung noch Dinge und Personen, Täter und Opfer beim Namen nennen, ohne dabei in die Mühlen der bundesdeutschen Justiz und die Abkassiermaschinerie der Anwälte zu geraten. Einen weiteren gleichgelagerten Fall würde die VOS wahrscheinlich finanziell nicht verkraften. Vorstand und Redakteur müssen somit genau abwägen, was in unserem Verbandsorgan veröffentlicht werden darf. Auch die Redaktionskommission, zu der nun noch Kameradin Rosemarie Studera und Wolfgang Stiehl gehören, sind gefragt.

Änderungen hat es, wie man in einer Mitteilung der letzten Ausgabe lesen konnte, im Bundesvorstand gegeben. Mal wieder haben wir keinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden mehr. In den Jahrzehnten, in denen ich die Fg bear-

beite, hat es fast nach jeder Generalversammlung vorzeitige Rücktritte bzw. anderweitig begründete Wechsel im Vorstand gegeben. Auch hier waren mitunter gerichtliche Klärungen erforderlich, die sich zu wahren Handlungssträngen entwickelten. Man muss einfach fragen, ob das notwendig ist. Der-

Auf ein Wort
=
zum Jahresende

jenige, der in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wird, sollte sich darüber im Klaren sein, dass er mit der Amtsübernahme das Vertrauen der Delegierten und somit der VOS-Mitglieder übernimmt. Er hat sich in den Dienst der Sache zu stellen und im Sinne und Auftrag der SED-Opfer zu agieren. Die VOS befindet sich nunmehr in ihrem siebten Lebensjahrzehnt, die Freiheitsglocke wird seit 1951 herausgegeben. Unerlässlich ist die harmonische Zusammenarbeit mit der Basis. Es sind weder revolutionäre Neuerungen gefragt, noch sind Vorstandsämter für die persönliche Profilierung gedacht.

Zudem sollte Klarheit geschaffen werden, ob ein Stellvertreter dieselben Befugnisse wie der Vorsitzende hat oder ob seine Kompetenz lediglich gefragt ist, wenn der Vorsitzende ausfällt oder ihn persönlich mit der Übernahme von Vorstandspflichten beauftragt hat. Ich halte es nicht für die richtige Verfahrensweise, wenn man dem Bundesvorsitzenden bei Entscheidungen vorgreift oder sich gegen seine Entscheidungen stellt.

Dies gilt auch für den Umgang mit der Freiheitsglocke. Die Zeitung ist laut Satzung zwar das Verbandsorgan des Bundesvorstandes, dies heißt jedoch nicht, dass einzelne Vorstandsmitglieder auf unterschiedliche Weise auf die Redaktionsarbeit Einfluss nehmen und die organisatorischen Termine ignorieren können. Der frühere Bundesvorsitzende der VOS Klaus Schmidt hat demonstriert, dass mit

gegenseitigem Respekt und unter Wahrung gemeinsamer Ansichten keine Interessenkollision entstehen muss.

Inzwischen blicken wir auf die nächste Generalversammlung. Sie findet im April 2012 statt. Wieder wird gewählt. Auch die Delegierten sollten diesmal genau prüfen, wem sie für den Bundesvorstand ihre Stimme und somit ihr Vertrauen übertragen.

Ungeachtet aller Unstimmigkeiten gedenken wir am Ende dieses Jahres mit gehabter Ehrerbietung jener Kameradinnen und Kameraden, die uns inzwischen verlassen mussten, und wir gedenken auch jener, die seit dem Bestehen der VOS für den Verband und die Opfer insgesamt viel geleistet haben. Ganz sicher wäre ohne das Wirken der VOS, insbesondere zu den Zeiten der Teilung Deutschlands, vieles von dem nicht erreicht worden, auf das wir inzwischen zufrieden blicken können. Dennoch haben die jüngsten politischen Ereignisse gezeigt, dass es noch genug an Aufgaben gibt. Die kriminellen Anschläge rechtsorientierter Gewalttäter haben Zeichen in der politischen und der Medienlandschaft gesetzt, die teils zur einseitigen Auslegung politischer Gefahren genutzt werden.

Mal wieder heißt es, Anschläge, wie wir sie jüngst von den Neo-Nazis erlebt haben, seien von der linken Szene nicht zu befürchten. Wer dem widerspricht oder auch nur vorsichtig eine andere Meinung andeutet, läuft Gefahr unbeschadet selbst zum Nazi abgestempelt zu werden. Und das in einem Land, das sich großer demokratischer und vor allem einer großzügigen Meinungsfreiheit rühmt. Man sollte auf die Schlägerattacken auf VOS-Mitglieder Anfang 2011 hinweisen. Anschließend gab es eine ausführliche Debatte im Bundestag, in der es bei der Linken keinerlei Einsicht gab.

Ich wünsche uns allen Kraft und Beharrlichkeit, diesbezüglich aufklärerisch zu wirken. Und natürlich: Gesundheit und Glück und ein besinnliches Weihnachtsfest.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Titelseite

„Arbeit von unschätzbarem Wert“

VOS-Zeitzeugenprojekt zu offiziellem Empfang bei NRW-Landtagspräsidenten Uhlenberg

Redaktionsthema:

Rückblick auf 2011. Die Situation im Bundesvorstand. Was erwarten und was können wir? 2

Für viele DDR-Bürger galt die Bundesrepublik als Heimstatt der Alt- und Neo-Nazis

Die Folgen der in der DDR vermittelten Sicht 4

Nie wieder Kampflieder, Hymnen und Staatssymbole?

Über das, was man verbieten sollte 4

Brauner Sumpf hatte roten Nährboden

Wie es sich als Ausländer in der DDR lebte 5

Die rechten und die linken Flügel

Warum ist das eine gefährlich und das andere „etwas Anderes“ 6

Wenn der Castor-Transport stillsteht

Trotz beschlossenen Atomkraftausstieg geht es im Wendland wieder richtig zur Sache 7

Die Inszenierung der Uneinsichtigkeit

In Döbeln hat die demokratische Geschichtsbeachtung vor dem linken Starrsinn kapituliert 8-9

Es war so, wie wir es sehen wollen

Über das Elend der Moskautreue 9

Reformkommunismus und Konterrevolution

Wie sich ein Liedermacher der DDR andiente 10

Nicht mal das Geld brachte ihr Trost

Das Leben der Swetlana Stalina - ein Trauerspiel 10

Buchvorstellung

Abgestempelt zum Schwerverbrecher

Das Grauen von Krieg und Lagerhaft 11

Für die Opfer beider Diktaturen

Friedliches Gedenken in Magdeburg und Falkenberg 12

Wir brauchen kompetente Gutachter!

Heinz Richter legt den Finger in die Wunde 13

Immer für die Interessen aller gefochten

Ein Geburtstagsgruß an Eberhard Diepgen 13

Die Basis schrumpft, die Qualität sowieso

Weniger Mitglieder bei der LINKEN 13

Übereinstimmung ja, Helfen schon schwerer

Der Besuch beim Landtagspräsidenten – ausführlicher Bericht von Detlef von Dechend 14

Einstige falsche Idole sollen geheiligt bleiben

Über Christa Wolf und Erwin Strittmatter 14

Es war wie „Schutzhaft“ und wurde durch fingierte Diagnosen gerechtfertigt

Zum Treffen Honecker-Schmidt vor 30 Jahren 15

Auch nach zwanzig Jahren noch neue Ziele

Bezirksgruppe Chemnitz beschließt Aktivitäten 16

- Leserbrief 4, 5, 6

- Zitate, Denksprüche 15

- Nachrufe 15

- Impressum 16

Gegner des Kommunismus

Richtigstellung zu Fg 709, S. 4 (Wer soll denn unsere Ideale sonst weitertragen?)

Durch einen Übermittlungsfehler kam es im Leserbrief von Wolfgang Schmidt zu einer unkorrekten Formulierung. Demnach darf es in dem Beitrag nicht heißen: Dass alte Erscheinungsformen des Kommunismus, sondern ... a l l e Erscheinungsformen ... Weiter führt Kamerad Wolfgang Schmidt an: Leider habe ich mich bezüglich der Namensänderung unzulänglich ausgedrückt. Selbstverständlich muss unser Logo erhalten bleiben. Ich wollte mich eigentlich zum Zusatz „... Gegner des Kommunismus ...“ positionieren, damit sich auch die Jugend mit uns identifizieren kann.

Nachtrag

Gedicht Christian M. Lappe in FG 709, Seite 12, Gedicht „Der Narr und die Perlen“

Durch einen weiteren Übermittlungsfehler wurde in diesem Gedicht die vierte Strophe nicht mit erfasst. Sie wird hiermit nachgereicht:

**SIE TRETEN PERLEN IN DEN SCHMUTZ,
ZERREISSEN UND ZERSTOEREN,
DEN NARREN DER IM WEGE STEHT
WEIL ER ZU SCHWEIGEN NICHT VERSTEHT
SIE WOLLEN IHN NICHT HOEREN!**

Zum Jahresende viele Spender

Helmut Günther, Dieter Wendt, Heidi und Holker Thierfeld, Gabriela Reichel, Jürgen Stahf, Wolf-Peter Rubner, Rubner Wartungs- und Service GmbH, Heinz-Jürgen Klein, Brigitte Voelkel, Lisa und Johannes Wagner, Karl-Heinz Porzig, Prof. Dr. Gerhard Northoff, Alfred Czubek, Fritz Giese, Gottfried Gläser, Kurt-Jürgen Wenzel, Erik Hofmann, Herta und Gerhard Kalitz, Dr. Bernd Palm, Axel Kunkel, Gottfried Walther, Ingrid Arena, Günther Schrader, Margarethe und Albin Lichy, Hermine und Reinhold Irimi, Klaus Möckel, Kurt Krüger, Gerhard Schumann, Gritta und Günther Mochan, Alexander Wörner, Bernd Müller-Kaller, Ingolf Braungart, Udo Michelmann, Gerda und Kurt Selch, Wolfgang Siegel, Barbara Große, Karla und Dieter Bachmann, Manfred Grünert, Erna Czyganowski, Regina und Helmut Gorgas, Bernd-Uwe Strate, Fritz Liebau, Gerhard Herrmann, Joachim Kleeemann, Gerhard Beins, Günter Hayn, Brigitte und Friedrich Radochla, Heinz Thiele, Wolfgang von Kirchner, Gerhard Penzel, Bernhard Harz, Hans-Joachim Erler, Helmut Meyer, Klaus und Heidemarie Mlodzianowski, Hans-Jürgen Brodersen, Ursula Krause, Rotraut und Detlef von Dechend.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön und ein besonders besinnliches Weihnachtsfest.

Jede Spende hilft, die VOS am Leben zu erhalten und den Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und ehrliche Geschichtsaufarbeitung fortzusetzen.

Das Zitat:

Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. *George Orwell*

„... eventuell ist tödlicher Unfall zu erwägen ...“

Über die seit Jahren unerkannten Ursachen rechten Terrors und Mordens in Thüringen

Wie viele Menschen in diesem Land sind auch die VOS-Mitglieder beunruhigt über die durch Neo-Nazis verübten Gewalttaten in Deutschland. Sie sind bemüht, ihren Anteil an der realistischen Aufklärung der Morde und Terroranschläge beizutragen. Kamerad Erhard Göhl, früherer Bundesvorsitzender der VOS und einstiger Bautzen-Häftling, zitiert hierzu aus seinen Stasi-Akten und weist im nachfolgenden Leserbrief auf die bisher unbeachtet gebliebene Einstellung früherer DDR-Bürger zur Bundesrepublik hin.

☒ Die Berichterstattung aller bekannten Medien über diese furchtbaren und unentschuldbaren Taten ist völlig oberflächlich und ohne mögliche Hintergründe. Ausgangspunkt ist in jedem Fall Thüringen, also die ehemalige DDR, und die Täter sind junge Menschen.

Die DDR erzog die Jugend so, dass die Bundesrepublik ein Nazi- und faschistischer Staat sei. Ich erinnere mich noch gut daran, wie vor vielen Jahren ein freigekaufter ehemaliger politischer Häftling aus der DDR-Haft im Bundesnotaufnahmehaus Gießen ankam. Er hatte auf seinem Arm ein „Haken-

kreuz“ tätowiert. Bei der ersten medizinischen Untersuchung wurde dieser junge Mann informiert, dass Nazisymbole in der Bundesrepublik Deutschland verboten seien und dieses „Hakenkreuz“ entfernt werden müsse.

Für diesen Mann brach eine Welt zusammen, wollte er sich doch in der DDR mit diesem Symbol, wie er es jahrelang gelernt hatte, nur mit der Bundesrepublik Deutschland solidarisieren und kam dafür sogar in jahrelange Haft.

Die offizielle Erziehung über die „NAZI-Bundesrepublik“ endete erst mit dem Mauerfall. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen und veröffentlichten Dokumenten wissen wir aber auch, dass diverses „DDR-Personal“ vom Lehrer über Polizei, Richter, Staatsanwälte bis zur STASI in den Dienst der Bundesrepublik übernommen wurde. Mängel und Nachlässigkeiten bei den Stasi-„Überprüfungen“ sind bis heute bekannt, aber juristisch verjährt. Beispielsweise wurde fast die gesamte Wachmannschaft der STASI-Sonderhaftanstalt Bautzen II als „sach- und ortskundige Bedienstete von der sächsischen Justiz“ übernommen, wie dies der damalige sächsische Justizminister Heitmann erklärte.

In Brandenburg sind heute noch Richter im Dienst, die in der DDR politische Urteile gefällt haben.

In meiner eigenen STASI-AKTE ist wörtlich nachlesbar: „... Göhl und H. R. müssten unbedingt in die DDR verbracht werden und „evtl. ist tdl. Unfall zu erwägen“. Die Erfinder einer NAZI-Bundesrepublik aus DDR-Zeiten sitzen heute in fast allen Landesparlamenten und im Bundestag sowieso. Sie werden von Steuergeldern bezahlt, fahren Luxusautos und führen ein Luxusleben gegenüber den Normalbürgern.

Ihre Opfer bleiben bis heute diskriminiert und öffentlich unliebsame Personen. Bekannt ist auch, dass der Staat extra bezahlte Personen in die Nazitruppen schickt, um diese zu dirigieren und am Leben zu erhalten (das Nazifeindbild muss staatlich erhalten werden). Das oberste Gericht hatte dies schon vor Jahren sehr schnell erkannt und ein beabsichtigtes Verbot der NPD nicht aussprechen können.

Nicht eine oberflächliche und parteigerechte, sondern eine ursächliche Untersuchung und Unterrichtung der Öffentlichkeit wäre sinnvoll und vor allem glaubhaft.

Ehrhard Göhl

Eine DDR wird es nie wieder geben, denn dieser Staat war pleite

Rainer Buchwald fordert Verbot für DDR-verherrlichende Symbole

☒ DDR-Symbole kann es ohne eine DDR nicht mehr geben, denn dies waren Staatssymbole! Und wer kann schon wirklich stolz sein auf ein Land, das durch seine Regierung gnadenlos heruntergewirtschaftet worden ist? Würde es die DDR heute noch geben, würde wahrscheinlich kein Bürger Rente bekommen hätte, denn die DDR war pleite. Die SED-Genossen dachten hauptsächlich an ihren eigenen materiellen Vorteil, dafür wurden andere massenweise denunziert. Das haben die Schreihälse, die die DDR heute schönreden, natürlich längst verdrängt.

Auch der Erlös des über die Treuhänder verkauften Rests der

„Volkswirtschaft“ reichte nicht aus, um eine neue funktionierende Wirtschaft aufzubauen.



Wenn sich heute die „Ostalgiker“ hinstellen und die Symbole einer längst untergegangenen Regierung verherrlichen, dann wollen sie den

grauen Alltag wieder, auch eine funktionierende Diktatur, so wie sie unter eben diesen Symbolen der DDR existierte. Dazu gehören auch die „Kampflieder“ und sonstigen Hymnen auf den Sozialismus, die man schon wieder singt.

Genau deswegen muss es ein Verbot für Symbole einer Diktatur geben, und dies ohne Wenn und Aber. Denn so sehr die alten SED-Anhänger auch jammern, eine DDR wird es nie wieder geben. Man soll sich lieber darum bemühen, die Geschichte richtig zu schreiben.

Rainer Buchwald

Collage: Symbol und Inhalt - bitte nie wieder (Serie: Es gibt keine ddr mehr – Expl. 0018)

„Gelber Affe“, „Fidschi“ – es waren nicht nur Beschimpfungen

Kamerad Xing Hu Kuo erlebte als Chinese in der DDR die Wurzeln des heutigen Neo-Terrors

Dass mörderische Neonazis von Thüringen aus 13 Jahre lang unbehelligt Ausländer ermorden konnten, nach der Wende und Wiedervereinigung mehr als 100 Menschen anderer Hautfarbe im Osten Deutschlands umgebracht wurden, Wohnheime mit Vietnamesen in Hoyerswerda und Rostock unter dem Jubel der Bevölkerung in Brand gesteckt wurden, kann nur ahnungslose Westdeutsche überraschen, die vielleicht an das SED-Märchen von Völkerfreundschaft und proletarischem Internationalismus der SED-Propaganda glaubten! Als Chinese habe ich 15 Jahre im real existierenden Sozialismus gelebt und den alltäglichen Rassismus hautnah erfahren, sowohl als Student als auch als politischer Häftling in den Stasi-Knästen von Hohenschönhausen und Bautzen-II. Von Stasi-Wärtern wurde ich manchmal als „gelber Affe“ tituliert! Da ich bereits bei meiner Ankunft im Jahre 1957 sehr gut Deutsch sprach und ich ein kontaktfreudiger Mensch bin, hatte ich bald einen großen Freundes- und Bekanntenkreis in Leipzig und sonst wo um mich versammelt. Schon diese Sache, die völlig im Sinne der Völkerverständigung war, rief die Stasi auf den Plan. Sie eröffnete meine Akte mit der Begründung, dass ich mit Hilfe dieser deutschen DDR-Bürger eine „staatsfeindliche Gruppe“ bilden wollte und von westlichen Geheimdiensten gesteuert würde. Alle meine Freunde und Bekannte wurden von der Stasi angeworben, u. a. auch mit dem Argument, man müsse gegenüber Ausländern sehr wachsam sein, es könne sich ja um eingeschleuste Agenten, Saboteure und Diversanten handeln! Leider stimmten die meisten zu ...

Jeder Ausländer wurde in der DDR als potenzieller Spion und Feind betrachtet und entsprechend bespitzelt. Als junger Student hatte ich bereits 39 (!) Spitzel, die mich Tag und Nacht observierten, verfolgten, jedes meiner Worte notierten, manchmal mit eigenen Erfindungen nachgewürzt.

Dieses abgrundtiefe Misstrauen gefiel der SED und wurde Be-

standteil ihrer Ausländerpolitik. Ausländische Studenten und Gastarbeiter, dies waren vor allem Vietnamesen, Angolaner, später Kubaner und Mosambikaner, wurden gettoisiert. Private Begegnungen waren unerwünscht, es gab nur offizielle Kontakte. Ehen zwischen DDR-Bürgern mit Ausländern waren durch bewusst bürokratische Hürden fast unmöglich und ebenfalls höchst verdächtig für SED und Stasi. Nach dem Mauerbau vermuteten sie – manchmal nicht einmal zu Unrecht – dass DDR-Bürger lediglich heirateten, um nach der Eheschließung mit dem Partner ins Ausland fliehen zu können. Jede Liebe zu einem Ausländer kam also einer versuchten Republikflucht gleich.

Die Ausländer erhielten diskriminierende Bezeichnungen. Vietnamesen waren „Fidschi“, sie wurden häufig beschimpft und beleidigt und sogar angerempelt. Es gab auch regelrechte Attacken auf Ausländer, diese wurden in den DDR-Medien entweder totgeschwiegen oder als „Rauferei unter Jugendlichen“ verharmlost.

An der Fakultät für Journalistik beschimpfte ein Dozent und SED-Funktionär eine Studentin, die mit einem Afrikaner tanzte, als „Negerhure“. Als der empörte Ghanaer, selber ein Kommunist, seinen Genossen bei der Parteileitung anzeigte, gab es zwar eine Versammlung, aber dem Genossen wurde in Anbetracht seiner Erklärung, er habe zu viel getrunken und könne sich an seine Äußerung nicht mehr erinnern, freigesprochen!

Die SED nutzte die schlechte Versorgungslage, um zwischen der DDR-Bevölkerung und den Ausländern Neidkomplexe zu schüren. Als es in Leipzig lange Zeit keinen Reis zu kaufen gab und sich asiatische Studenten beschwerten, gab es eine Sonderregelung: In einem Kaufhaus wurde Reis nur an Ausländer verkauft. Als ich dieses Nahrungsmittel kaufte, sahen das deutsche Kunden, die diese Mangelware sofort auch kaufen wollten. Laut rief die Verkäuferin auf mich zeigend: „Das dürfen nur Ausländer kaufen!“ Böse Blicke

verfolgten mich als ich wie ein ertappter Dieb mit einem Pfund Reis das Kaufhaus verließ ...

Die Vietnamesen, die alle sehr sparsam waren, kauften gern Fahrräder, die sie in ihre ebenfalls sozialistisch schlecht versorgte Heimat schickten. Prompt entstand in der DDR ein Mangel an diesen Drahteseln. Die „Fidschi“ wurden Ziel vielerlei Beschimpfungen, weil sie angeblich die DDR leerkauften ...

Seitens der Staats- und Parteiführung wurde gegen diese Fremdenfeindlichkeit nichts unternommen, im Gegenteil, konnte man so von den eigenen Fehlern der gescheiterten Planwirtschaft ablenken und die Ausländer zum Sündenbock machen. Jahre später waren es die „Polacken“, die angeblich in der DDR die Geschäfte leerkauften, weil es in Polen noch weniger gab als in der DDR. Eine wüste anti-polnische Stimmung kam auf. Insofern war der SED-Sozialismus ein idealer Nährboden für jede Art von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, deren Spuren heute noch deutlich erkennbar sind.

Nach der Wende schwappte diese braune Soße leider in den Westen über: Solingen und Mölln sind nur zwei Beispiele. Auf einem U-Bahnhof in Ost-Berlin wurde ich nach dem Fall der Mauer von zwei Skinheads angegriffen, die meinten, den „Fidschi“ (Vietnamese) müsse man auf die Gleise werfen. Gott sei Dank konnte ich schnell in eine einfahrende U-Bahn einsteigen und die betrunkenen Neonazis konnten nicht so schnell die Tür des abfahrenden Zuges öffnen.

Im Jahre 2000 beschloss ich deshalb, das bräunlich gewordene Berlin in Richtung Holland zu verlassen, und als ich sechs Jahre später aus familiären Gründen nach Deutschland zurückkehrte, nahm ich Zuflucht im Schwabenland, möglichst weit weg von den nicht mehr vorhandenen Grenzen zur ehemaligen DDR, die mir gar nicht mehr so ehemals vorkommt.

Xing Hu Kuo

Anm.: Der Autor des Beitrages war in der DDR 7 ½ Jahre in Bautzen II inhaftiert. Er hat seine Erfahrungen in mehreren Büchern festgehalten.

Es ist falsch, Stalin als links und Hitler als rechts zu bezeichnen

Helmut Graf fordert wie viele andere VOS-Mitglieder eine Gleichbehandlung von terroristischen Gewalttaten. Er sagt „Mord ist Mord“, egal ob von „links“ oder von „rechts“ begangen.

Es ist wieder einmal soweit: Linksaußen gegen Rechtsaußen und umgekehrt. Das hatten wir doch schon mal vor 80 Jahren. Die „Kampfgruppen“ der Kommunisten, die Rotfrontkämpfer, und die „Kampfgruppen“ der Nationalsozialisten, die SA, schlugen sich auf den Straßen gegenseitig den Schädel ein. Dabei wurde das zarte Pflänzchen der ersten deutschen Republik tödlich verletzt. Soll sich das wiederholen?

Woher kommen eigentlich die Ausdrücke rechts und links in der Politik? Weil im ersten französischen Nationalkongress die Anarchisten links und die königstreuen rechts und im ersten deutschen Parlament die Sozialisten links und die Konservativen rechts saßen, werden heute weltweit Parteien und Politiker in rechts und links unterschieden. In den Parlamenten spricht man dann von rechten und linken Flügeln (*right wing, left wing*). An ihren äußersten Rändern sind sie jedoch beide gleich, nämlich radikal. Aber die Vernunft ist immer in der Mitte.

Somit gibt es auch keinen Unterschied zwischen rechtem und linkem Terror. Beides ist gleich und inhuman, egal ob er sich „Sozialismus“ (im leninistisch-stalinistischen Sinn) oder „Nationalsozialismus“ nennt.

Egal ob sie sich mit roter oder brauner Farbe tarnen. Es sind Radikale, und solange sie nicht eindeutig und glaubwürdig zu verstehen geben, dass sie ihre Ziele – so versponnen sie auch sein mögen – nur mit friedlichen und demokratischen Mitteln anstreben, sollten sie in einer Demokratie verboten werden.

Es ist falsch, Stalin als links und Hitler als rechts zu bezeichnen. Beide waren sie grausame Diktatoren, beide hatten das gleiche Ziel: Macht um jeden Preis. Sie missbrauchten den Teil der sozialen Unterschicht, die weniger gebildet war für ihre Zwecke und versprachen ihnen Macht und Wohlstand.

Wie gleich beide Diktatoren waren, zeigt das Beispiel Polen. Vor

seiner Besetzung am Beginn des Zweiten Weltkrieges waren beide „Brüder im Geiste“. Mit ihrem sogenannten Nichtangriffspakt – oder war es nicht eher ein Freundschaftspakt? – hatten sie Polen unter sich aufgeteilt. Nach der Okkupation Polens arbeiteten sowjetische und deutsche Grenzbeamte in gemeinsamen Büros und stellten Visa aus für Polen, die ihre Verwandten auf der anderen Seite besuchen wollten, aus. Dann kam es zwischen den beiden Wölfen zum Streit um die Beute.

Die jetzt entdeckten rechtsradikalen Mörder waren einfach nur Mörder. ... Die Rote Armeeformation (RAF) und die „Braune Armeeformation“ sind beide kriminelle Vereinigungen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass aufrichtige Menschen, die an Ideale glaubten – sogar echte Kommunisten waren darunter – aus Hitlers KZ in sowjetische Lager gesperrt wurden.

Die jetzt entdeckten rechtsradikalen Mörder waren einfach nur Mörder. Sie sind in dem Teil Deutschlands aufgewachsen, in dem von 1933 bis 1990 ununterbrochen Diktaturen an der Macht waren – egal ob „rechts“ oder „links“. Sie hatten keine Erfahrungen mit Demokratie.

Mit Bürokratie kann man die Hirne der Menschen nicht säubern. Das geht nur mit Bildung, Erziehung und historischer Aufarbeitung.

Die Rote Armeeformation (RAF) und die „Braune Armeeformation“ sind beide kriminelle Vereinigungen. Hatten wir in Deutschland überhaupt schon mal eine richtige Revolution? Das Heilige Römische Reich zerstörte Napoleons Reich, das Zweite Kaiserreich zerbrach am Ersten Weltkrieg. 1945 brachten die Siegermächte dem Westen Demokratie und dem Osten Stalinismus. Später zerfiel Ulbrichts Erbe friedlich, weil die Kolonialmacht Sowjetunion unterging.

Die in der DDR herrschende Nomenklatura wurde nie gründlich entmachtet. In der Weimarer Republik halfen Reste der Führungselite aus dem Kaiserreich Hitler an die Macht, nach dessen Abgang blieben – trotz der Versuche der Siegermächte sie zu entmachten – einige Nazis und Mitläufer an der Macht und nach der Wiedervereinigung geschah im Osten Deutschlands das Gleiche mit den gewendeten „Kommunisten“. Ehemalige Stasi-Offiziere bekamen Ämter und traten fortan in den Medien auf. Deshalb haben wir auch keinen symbolischen Nationalfeiertag wie Frankreich. Der 9. November wäre einer gewesen, noch besser der 17. Juni. Der wurde seltsamerweise nach der Wiedervereinigung wieder abgeschafft. Warum?

Warum sind wir Deutschen immer so extrem? Wenn man in einer ehemaligen Westberliner Kneipe am Stammtisch äußerte, man sei für soziale Gerechtigkeit, war man ein Kommunist; und war man stolz auf die deutsche Kultur, war man ein Nazi.

Unsere Justiz ist nicht auf einem Auge, sondern sie ist auf beiden Augen blind. Warum wird einer, der mit einem Hakenkreuz auf der Brust jemanden erschlägt, anders bestraft als ein Raubmörder? Mord ist Mord. Da finde ich das britische System besser. Da kann jeder seine Meinung sagen und Symbole tragen, solange er keine Gewalt anwendet. Mit dem Hakenkreuz könnte sich ja auch ein gläubiger Buddhist schmücken. Wenn man ihn verfolgt, wäre das gegen die Religionsfreiheit.

Warum verfolgt man überhaupt nur die Hakenkreuze und nicht auch Hammer und Sichel? In Estland ist beides verboten. Da darf auch kein ehemaliger Stasi-Offizier im Fernsehen auftreten.

Mit Bürokratie kann man die Hirne der Menschen nicht säubern. Das geht nur mit Bildung, Erziehung und historischer Aufarbeitung.

Wann werden wir Deutschen vernünftig? *Helmut Graf*

Neue und beharrlichere Strategien an der Castor-Front

Gemäßigte und „freie Radikale“ mischen und inszenieren nach geübten Rezepten mit, wenn es darum geht, erloschen scheinende Brandstellen zu schüren

Eigentlich hatte man gedacht, die Proteste gegen die Castor-Transporte sind nun erledigt oder zumindest von friedlichen Formen abgelöst worden. Der Ausstieg aus der Atomenergie-Herstellung ist inzwischen beschlossen, und selbst die geistig nicht ganz so fitten Bürgerinnen und Bürger dürften begriffen haben, dass Deutschland langfristig kein nukleares Material mehr herstellen wird. Egal, dass die atomare Gefahr deswegen nicht geringer wird, da ein Teil unserer unmittelbaren Nachbarländer ihr Potenzial zur Atomstromerzeugung eher erhöhen wird, anstatt dem deutschen Ausstiegsbeschluss zu folgen.

Irgendwo allerdings muss nun jener atomare Müll, der noch vorhanden und für den Deutschland verantwortlich ist, aber gelagert werden, und dies muss gründlich geschehen, denn die Zerfallszeiten sind hoch, und es werden unzählbare Generationen sein, die durch ihn gefährdet werden könnten.

Ob man sich auf Zwischen- oder Endlager festlegt, steht freilich noch nicht fest. Also wird nach wie vor ein großer Teil des Restmülls im Wendland, in Gorleben gelagert. Und dies geschieht nun schon seit Jahrzehnten, und es hat bisher nicht nur friedliche Proteste gegeben. Immerhin wird es nach Meinung vieler Mitmenschen nicht einfach nur zum Ärgernis oder zum Skandal, sondern es bietet für einige Leute auch den Anlass, wahre Schlachten und Kämpfe zu inszenieren, und zwar vor laufenden Fernsehkameras.

Das Wendland, Gorleben ist in Sachen Anti-Atomkraft-Protesten die Region, in der es traditionsgemäß schon immer besonders heiß hergeht. Es ist, wollte man den keineswegs abwegigen Vergleich zu einem Schlachtfeld ziehen, der Brennpunkt, an dem die feindlichen Fronten besonders heftig aufeinanderprallen. Wie einst am Kriegsschauplatz Seelower Höhen wissen die einen, sie werden diesen Transport nicht aufhalten können, aber sie stemmen sich trotzdem mit allen Mitteln gegen den anrollenden Zug.

Die Bilder, die wir seit Jahrzehnten aus den Medien kennen – die Wenigsten von uns werden vor Ort gewesen sein oder sich gar in die Kämpfe gemischt haben –, sind Horror und unvermeidbarer Kult in einem. Wem danach ist, der kann hierherfahren und getrost und weitgehend ungestraft sein Mütchen kühlen, denn es geht – wacker und verumumt – Mann gegen Mann oder Mann gegen Frau, und die eingesetzten Mittel und Methoden des Kampfes sind keineswegs bescheiden und bewegen sich – wie die Bilder zeigen – eigentlich kaum noch im Rahmen irgendwelcher Konventionen. Am Ende wird aufgerechnet, wer die meisten Verletzten aufweisen kann und wer es schaffte, am längsten ein Stück Gleis in Beton verewigt zu haben oder wer sich rühmen kann, die meisten Stunden an den eiskalten Stahlschienen angekettet gewesen zu sein. Und: Was man dem Gegner an erlittenen Wundmalen vorwirft, dient zugleich als Nachweis eigenen Einsatzes und persönlicher Kampfhärte.

Dies alles ist nicht schlechthin ein Irrsinn, den unsereiner irgendwie nicht verstehen würde, zumal ja

auch Unsummen verausgabt werden, die man beispielsweise für die Suche nach einer endgültigen Lösung einsetzen könnte. Aber da es sich nun mal um einen Fronteinsatz handelt, spielen Geld und menschliche Substanz wohl keine wesentliche Rolle.

Nimmt man die ortsansässigen Landwirte und Anwohner aus, die inzwischen freilich auch an willkommener Prominenz und Auffälligkeit gewonnen haben, so werden hier letztlich die Kampfstrukturen unserer bundesdeutschen Parteien ersichtlich. Die Seite der Regierungskoalition zum einen, deren Erfolg es am Ende jeder Schlacht sein muss, die Castor-Behälter mit dem Gefahrgut möglichst reibungslos und ohne Zeitverlust an sein Ziel zu geleiten und die Bastionen und Hindernisse, die das Gefolge der Oppositionsparteien in den Weg stellen, zu überwinden.

Nein, man sollte nicht sagen, es ist wie beim Halma oder Mensch-Ärger-dich nicht, es geht ja bloß darum, wer zuerst eintrifft, zum Schluss lachen ja doch alle und reichen sich die Hände. Gorleben, das ist Realität, Regeln gelten hier nur bedingt, vor allem kann niemand darauf pochen, dass sie eingehalten werden.

Man könnte jedoch mal ganz naiv fragen: Warum wird nicht auf den Polizeieinsatz verzichtet, warum lässt man die Gemäßigten und die freien Radikalen, die *Betonierer* und die *Schotterer* nicht ungehindert gewähren? Was würde passieren, wenn keine Polizei- oder Räumtruppe kämen und die Strecke freiräumten? Was würde man sagen, wenn der Zug dort stehenbliebe, wo er an sein betoniertes Ziel stößt oder unter ihm die Schienen wegsacken, weil man den Schotter abgegraben hat? Oder wenn er entgleiste? Würden die heißblütigen Stürmer die freie Bahn nutzen und vielleicht auch die Castor-Behälter zertrümmern, so dass Radioaktivität austräte und das Umfeld samt diesen Wütigen verseuchte? Hätten dann auch *Die Bullen* die Schuld, weil sie keinen der Aktionisten zurückgedrängt hatten? Oder die Regierung, weil sie keine Schutzmaßnahmen angeordnet hatte? Wenn die Situation nicht so schon bedenklich wäre, könnte man grinsen und tatsächlich fordern: Klar, lasst die Chaoten nach Belieben drauf- und reinhauen, mal gucken, wie sie gucken, wenn sie nachher *strahlen*.

So jedoch ist es hauptsächlich Claudia Roth von den Grünen, zu denen – dem Namen nach – auch Bündnis 90 gehört, die strahlt. Rein äußerlich und vielleicht von Gewohnheit her. Nicht wesentlich anders womöglich, als wenn sie auf dem Nockerberg sitzt und sich vom Bruder Barnabas wohlwollend mit Spott berieseln lässt. Wobei man fast annehmen möchte, dass ihr das Ertragen der Barnabas'schen Karnevals-Verunglimpfungen leichter fällt als das ewige Wiederholen der Anti-Atomkraft-Parolen. Oder doch nicht?

Für viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist es indessen nicht so leicht zu ertragen oder zu verstehen, welchen Sinn Brände, Gewaltattacken und Angriffe auf Polizisten haben sollen, wenn man sich zuvor zu friedlichen Protesten bekannt hat. Aber damit lebt man hier inzwischen ja seit Jahrzehnten. A.R.

Geschichte schreiben immer die Sieger. Wirklich?

In Döbeln bei Leipzig konnte man jüngst erleben, welchen Einfluss verbohrt linke Gesinnung auf das öffentliche Opfergedenken und die Offenlegung von Wahrheiten haben.

Die einstige DDR-Kreisstadt Döbeln liegt südöstlich von Leipzig an der Autobahn nach Dresden. Hier wurde 1934 der DDR-Schriftsteller Rainer Kirsch geboren, und 1969 veröffentlichte der DDR-Dramatiker Helmut Baiertl (1926 bis 2005) sein Theaterstück „Johanna von Döbeln“, das den Schwierigkeiten des sozialistischen Alltags im VEB „Rotes Banner“ gewidmet war.



Doblina - die Stadtmutter Döbelns am Rathausportal wurde nach dem Entwurf von Karl Otto Richter gebaut. – Muss man nach den jüngsten Aktionen auch um ihren Bestand fürchten? (Foto: Internet)

Und da gibt es noch ein Gymnasium, das 1869, als es noch das Königreich Sachsen gab, aber noch kein deutsches Kaiserreich, gegründet wurde. Zwei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 1947, wurde die Schule nach dem in Kamenz (Oberlausitz) geborenen Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781) benannt, dem Verfasser des Dramas „Nathan der Weise“ (1779). Da lag die nationalsozialistische Phase 1933 bis 1945 der Stadt schon in der Vergangenheit und die realsozialistische, es war noch Besatzungszeit, hatte noch nicht begonnen.

Wenn man heute in der Schulchronik blättert, dann erfährt man, dass am 21. Mai 1938 die beiden letzten jüdischen Schüler, das Ge-

schwisterpaar Karl (16) und Ruth (14) Glasberg, vom weiteren Unterricht ausgeschlossen wurden, und das nur deshalb, weil sie Juden waren; der ältere Bruder Max (18) hatte die Schule bereits 1936 verlassen. Beide Brüder wurden 1940 und 1943 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Auschwitz umgebracht, die Schwester konnte nach Schweden entkommen.

Acht Jahre nach Kriegsende, unter dem Datum 13. Mai 1953, kann man in der Schulchronik lesen, dass vier Schüler, die der „Jungen Gemeinde“ angehörten, der Schule verwiesen wurden. Die Verfolgung junger Christen, die sich öffentlich zu ihrem Glauben bekannten, setzte schon 1949 mit der DDR-Gründung ein und dauerte bis zum Mauerfall 1989.

Damals wurden Hunderte von Schülern vom Unterricht ausgeschlossen und nicht zum Abitur zugelassen, die Wortführer, darunter auch einige Jugendpfarrer, wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Man erinnert sich noch an den Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler (1915 bis 2003), der 1957 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Zwischen der Verfolgung aus rassistischen und der aus ideologischen Gründen besteht ein gradueller, aber kein prinzipieller Unterschied!

Hätte Wilfried Bretschneider weitere Beweise für DDR-Unrecht finden wollen, so hätte er nur ins 1716 gegründete Zuchthaus Waldheim, das nur zwölf Kilometer von Döbeln entfernt liegt, zu fahren brauchen, wo von 1947 bis 1989 Tausende politischer Gefangener eingesperrt waren, die bei demokratischer Rechtsprechung niemals verurteilt worden wären!

Zwischen der Verfolgung aus rassistischen und der aus ideologischen Gründen besteht ein gradueller, aber kein prinzipieller Unter-

schied! Es ging immer um die Verfolgung und Ausschaltung von Minderheiten, die unerwünscht waren und deshalb mit allen Mitteln bekämpft wurden.

Um nach dem Sturz der SED-Diktatur ein demokratisches Geschichtsbewusstsein zu dokumentieren, ließ die Schulleitung 1994, zum 125. Jahrestag der Schulgründung, am Eingang des Gymnasiums eine halbhohe, nach innen gewölbte Mauer errichten, die die Inschrift trug: „Zum Gedenken an die Lehrer und Schüler, die Opfer von Krieg, Unrecht und Willkür wurden. 1933-1989“.

Dreimal ließen Schulleitung und Förderverein die alte Inschrift erneuern.

Das aber gefiel dem Rentner Wilfried Bretschneider, heute 69 Jahre alt, aus dem Dorf Queckhain bei Leisnig überhaupt nicht, als er in der „Döbelner Allgemeinen Zeitung“ davon las. Er stand vor dem Denkmal an, sah die Inschrift und empörte sich. Die Deutsche Demokratische Republik nämlich, in der er 40 Jahre gelebt hatte, war für ihn keineswegs ein Staat, in dem „Unrecht und Willkür“ geherrscht hätten. Also schrieb er, in seinem Ehrgefühl verletzt, Protestbriefe und Eingaben an die Schulleitung, den Traditions- und Förderverein des Gymnasiums, die Stadtverwaltung und die Lokalpresse, worauf er aber niemals eine Antwort erhielt.

„Ihr lieben Döbelner, so nicht!“ – Aber die Empörung blieb aus.

Der nächste Schritt war, dass er wetterfeste Plakate entwarf, mit denen er sich bei Sonnenschein, Regen und Schnee in die Döbelner Innenstadt stellte. Mit der Überschrift „Ihr lieben Döbelner, so nicht!“ wollte er seine sächsischen Landsleute zur Empörung aufrufen, die aber ausblieb!

→ *weiter Seite 7 oben*

Das freilich konnte Wilfried Bretschneider nicht entmutigen.

Jetzt schritt er mit dem Filzstift zur Tat, er strich am Denkmal vor dem Lessing-Gymnasium die Jahreszahl „1989“ durch und schrieb dahinter „bis heute“, denn er ist überzeugt, dass das wiedervereinigte Deutschland ein Unrechtsstaat ist.

Das hatte Folgen: Dreimal ließen Schulleitung und Förderverein die alte Inschrift erneuern, dann wollte sie das Geld dafür nicht mehr aufbringen und zeigte Wilfried Bretschneider an. Für strafbar, nicht einmal für geschichtsverfälschend wollte der streitbare Rentner, der als Autoschlosser vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden war, seine Aktion mit dem Filzstift aber

keineswegs eingeschätzt wissen. Strafbar, so argumentierte er, wäre doch eher „diese Gleichsetzung ... und nicht deren Korrektur“.

Die Richterin am Amtsgericht Döbeln in der Rosa-Luxemburg-Straße 16 sah das freilich ganz anders und verurteilte ihn „wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung“ zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro, wozu noch die Kosten für die Säuberung des Denkmals und für ein psychiatrisches Gutachten kamen, so dass er im März 2010 an die Justizkasse Döbeln hätte 3424.32 Euro überweisen müssen.

Da er diese Summe mit seiner niedrigen Rente nie hätte aufbringen können, andernfalls hätte eine Haftstrafe gedroht, wurde für ihn

eine öffentliche Sammlung veranstaltet, die von der einstigen SED-Zeitung „Neues Deutschland“ in Berlin arrangiert wurde.

Jetzt erst, nachdem das alte Kampf- und Parteiblatt eingegriffen hatte, wurde eine überregionale Kampagne daraus, die damit endete, dass der Förderverein des Gymnasiums vor wenigen Tagen beschloss, die Jahreszahlen „1933 bis 1989“ überhaupt wegzulassen.

Bei weiterer Kritik am Denkmal könnte man in der Enthistorisierung der Schulgeschichte noch einen Schritt weitergehen und auch noch die Begriffe „Krieg, Unrecht und Willkür“ streichen, sodass dann nur noch irgendwelcher Opfer gedacht würde.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Unbelehrbar und uneinsichtig: Der SED-Doktrin verhaftet bis ans Lebensende

Seit dem Sturz der SED-Diktatur und der Wiedervereinigung machte das Zitat „Die Sieger schreiben die Geschichte“ vielfach bei den linken Aktionisten und deren Sympathisanten die Runde. Dies sollte heißen: Ein System, das andere ausgeschaltet hat, ist berechtigt, nach dessen Sturz die Verhältnisse so darzustellen, wie sie der siegreichen gesellschaftlichen Kraft am besten zupass kommt. Wahrheiten würden demnach unterschlagen. Was das bedeutet, ist klar: Man will erstens nicht anerkennen, dass es in einem demokratischen Staat um Wahrheiten und um ehrlichen Umgang miteinander geht und sich demokratische Prinzipien durchsetzen sollen. Mag das für Menschen mit anderen Erfahrungen zuweilen schwer oder gar nicht verständlich sein. Vor allem für solche, die ihr Leben lang falsche Geschichts- und Gegenwartinterpretationen vorgesetzt bekommen haben und die deren Falschheit bis zu dieser Stunde nicht begreifen können und auch nicht begreifen wollen. Zweitens zielen derartige Parolen auf die Rechtfertigung des eigenen beibehaltenen falschen politischen Kurses – mit allen radikalen Zielen – ab. Einsicht und Eingeständnis von selbst mit zu verantwortendem und schon gar nicht von begangenem Unrecht gibt es für sie nicht. Die Opfer, egal wie schlimm sie betroffen sind, werden verhöhnt und missachtet.

Der Ostblock, das kommunistische System, von Moskau gesteuert und beherrscht, war alle mal ein System, das falsche Wahrheiten, man kann auch von bewusst produzierten grundsätzlichen Lügen sprechen, vorgegeben hat, um eigenes Unrecht und Machtansprüche von gewaltigem Ausmaß zu rechtfertigen und zu stabilisieren. Moskau selbst war das Hirn, das die eine Ideologie vorgab, die chauvinistisch und größtenwahnsinnig war, die mit einem strikten Gewaltssystem militärisch mit der alleinigen Führungsrolle der Kommunistischen Partei durchgesetzt wurde.

Die kleinen SED-Köter in der DDR und in den anderen Pakt-Staaten kläfften das willfährig nach, was ihnen das Zentralorgan einbläute.

Wie wir im Fall von Döbeln gesehen haben, führt das verbissene Festhalten an alten Ideologien und den verinnerlichten Staatslügen bis zur zwanghaften öffentlichen Weigerung, Realitäten anzuerkennen. Anstatt sich mit den Fakten auseinanderzusetzen, versucht ein unbelehrbarer Alt-Hardliner durch die Beschädigung einer Gedenktafel das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Und wollte man den Blick auf die baltischen Länder richten, so wäre dies dem Betreffenden unter deren Verhältnissen nicht so harmlos bekommen. Litauen, Lettland und Estland verbieten die Symbole der kommunistischen Herrschaft. Wer sich ihrer bedient, wird bestraft. Das betrifft auch die öffentliche Praktizierung geschichtsverfälschenden Handlungen. In der DDR selbst wäre dieses Vorgehen übrigens Sachbeschädigung gewesen, das Strafgesetzbuch hatte hierfür saftige Freiheitsstrafen festgelegt.

In unserem Rechtsstaat jedoch geht es milde zu, hier kann sich letztlich derjenige durchsetzen, hinter dem eine organisierte Riege mit juristischer Erfahrung steht. Das ist bedauerlich und bedenklich zugleich. Und es ist auch beschämend.

Sicherlich würden diejenigen, die an der Mauer erschossen wurden, ihr Gedenken nicht unbedingt in Döbeln erfahren wollen. Aber gerade an einer Schule, die zu DDR-Zeiten EOS war, ist es angebracht, darüber zu sprechen, welche bitterbösen Seiten das ansonsten so gerühmte und für gerecht befundene Bildungssystem der DDR nämlich aufwies: dass diejenigen, die nicht in die FDJ oder zur Jugendweihe gingen, kein Abitur machen durften. Und dass man für ein Medizinstudium nicht unbedingt ein sehr gutes Abitur, aber gern eine geleistete Armee-Zeit von sechs Jahren vorweisen sollte. Dafür und auch für anderes Unrecht hätte sich der Hinweis gelohnt: Unrecht von 1933 bis 1989.

Hugo Diederich

**K
O
S
T
E
N
R
A
T
E
R**

Vom Anhänger des Reformkommunismus zum SED-Freund

Zum Tod des Liedermachers Franz Josef Degenhardts

☒ Der am 14. November in Quickborn bei Hamburg verstorbene Rechtsanwalt, Protestsänger und Schriftsteller Franz Josef Degenhardt (1931 bis 2011), der am 3. Dezember seinen 80. Geburtstag hätte feiern können, war 20 Jahre vor dem Mauerfall auch mit dem Ostberliner „Liedermacher“ Wolf Biermann befreundet, der am 15. November 2011 in Hamburg seinen 75. Geburtstag feiern konnte. Irgendwann um 1970 besuchte der Verfasser der „Schmuddelkinder“ den seit Dezember 1965 unter Berufsverbot stehenden Biermann in der Ostberliner Chausseestraße und schmuggelte dann ein in einer Streichholzsachtel verstecktes Tonband mit unveröffentlichten Biermann-Liedern nach Westberlin, die dann als Schallplatte unter dem Titel „Der Biermann kommt“ erschienen sind. Die Freundschaft zerbrach, als Degenhardt auf SED-Positionen einschwenkte und seine früheren Ansichten widerrief!

Zur Zeit des kurzlebigen „Prager Frühlings“ 1968 nämlich war Degenhardt wie Biermann Anhänger des Reformkommunismus Alexander Dubceks, der die Revolution „auf eine neue Stufe“ zu heben

versuchte. Nachlesen kann man das alles in dem Lied „Zu Prag“, einer Hymne auf den „Prager Frühling“.

Dann kam der 21. August 1968, als in der Nacht die Truppen des „Warschauer Pakts“ von drei Himmelsrichtungen in die Tschechoslowakei einrückten und die „Konterrevolution“ mit ihren Militärstiefeln niedertrampelten. Der damals nach Prag ausgebürgerte DDR-Schriftsteller Manfred Bieler (1934 bis 2002) rief in der Nacht noch einen Freund in Ostberlin an und hielt den Telefonhörer aus dem Fenster, damit er die rasselnden Panzerketten hören konnte.

Nach dem Einmarsch geriet Degenhardt unter den Einfluss der westdeutschen Kommunisten von der DKP und näherte sich deren Positionen an. Nun verdamnte er den Reformkommunismus als „Konterrevolution“, revidierte seine ideologischen Positionen und wurde 1978 DKP-Mitglied. Seinem Lied „Zu Prag“ hängte er eine

letzte Strophe an, worin er seine Empörung von 1968 widerrief.

Nachzulesen ist das in Heinz Ludwig Arnolds Anthologie von Degenhardt-Liedern, erschienen 1979 bei Bertelsmann in München. Degenhardts DDR-Nähe hat sich ausgezahlt: Sein 1974 erschienener Roman „Brandstellen“ wurde 1978 von der DEFA verfilmt!

Dr. Jörg Bernhard Bilke



„Von der Rädigkeit in diesem Deutschebankstaat.“ Traueranzeigen von prominenten Linke-Politikerinnen und Politikern in der Tageszeitung Neues Deutschland.

Auch die Tochter wurde ein Opfer des unberechenbaren Tyrannen

Lana Peters geborene Swetlana Stalina starb im Alter von 85 Jahren in den USA

Es ist wahrlich keine Neuigkeit, dass es Kinder von mächtigen Vätern im Leben schwerer haben, als man meint. Vor allem wenn diese Väter dominant und grausam sind und an ihren Händen das Blut und das Weh von Millionen Menschen kleben. Lana Peters war die Tochter eines der größten Monster des vorigen Jahrhunderts. Mehrmals wechselte sie ihren Namen, ihren Wohnort und auch ihren Partner. Geboren als Svetlana Stalina, war sie die Tochter von Wissarionowitsch Dschugaschwili, der sich zum eigenen Ruhme und zum eigenen Markenzeichen den Namen Josef Stalin gab und 1953 hilflos in einem seiner Dienstzimmer verendete. Stalins Grausamkeiten an großen Teilen der eigenen Bevöl-

kerung, selbst der eigenen engsten Genossen, und an vielen (vermeintlichen) Gegnern sind hinreichend bekannt. Die Grausamkeiten, die er gegenüber seiner Familie vollbrachte, sind hingegen meist als zweitrangige Untaten verbucht worden. Und doch muss der Druck, den der „Stählerne“ auf seine nächsten Angehörigen ausgeübt hat, nicht minder gewaltig gewesen sein.

Stalins Frau beging Selbstmord, die Tochter, die sich später nach dem Mädchennamen der Mutter Swetlana Allilujewa nannte, sagte sich vom Vater los, nachdem dieser sie als Kind und als Teenager mit krankhafter Herrschsucht überwacht hatte. Letztlich nutzte sie eine Reise nach Indien, um von

dort um politisches Asyl für die USA zu ersuchen, welches sie bekam. Fortan kämpfte sie den harten Kampf gegen die traumatischen Belastungen, die „Väterchen“ Stalin bei ihr hinterlassen hatte. Sie veröffentlichte zwei Bücher, in denen sie kompromisslos mit dem Regime ihres Vaters abrechnete und mit denen sie erstaunliche Bestseller erzielte. Doch der Reichtum, der ihr damit zuzelfen zerrann. Sie pendelte zwischen den USA und Großbritannien, ließ sich zurück in die Sowjetunion locken, probierte es später im befreiten Russland und kehrte in die USA zurück, wo sie mit 85 Jahren an Krebs starb und bis zuletzt nicht wirklich glücklich war. Ein Stalin-Opfer, auch sie. *A.R*

Nicht nur die Hölle von Workuta erlebt

Ein außergewöhnliches, aber auch ein typisches Schicksal aus der Stalin-Ära, das in die Haft mündete

Im nächsten April werden es 67 Jahre sein, seit der Zweite Weltkrieg sein Ende fand und ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte aufgeschlagen wurde. Das Kapitel des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Untergang. Aber auch ein Kapitel der Rache und der blinden Vergeltung.

67 Jahre, das ist eine Spanne, die im vorigen Jahrhundert oft genug ein Menschenalter ausfüllte und das viele, die in den Lagern der kommunistischen Herrscher, denen ein elendes Ende vor Hunger, Krankheit oder Kälte beschert war, gern erreicht hätten.

Andere, denen der Tod in einem solchen Lager erspart geblieben ist, die – wie der Autor des hier vorgestellten Buches – aber Schweres erlebt haben und heute noch als Zeitzeugen zur Verfügung stehen, haben mittlerweile ein hohes Alter erreicht.

Günther Kowalczyk, dessen Buch „Einer von 749 „Schwerstverbrechern““ hier vorgestellt werden soll, gehört zu den Überlebenden, zu den Zeitzeugen, zu den Aktiven. Wie wir wissen, gibt es gerade in der VOS nicht eben wenige davon, sie sind es, die das Gerüst des Verbandes bilden. Günther Kowalczyk ist wie andere auch um die Aufarbeitung jener Hochphase der stalinistischen Diktatur bemüht, aber er steckt zugleich voller Heimmattreue, voller Erinnerungen.

Kowalczyk wurde 1922 in Niederschlesien geboren, jenem Teil, der östlich der Oder liegt (viele haben mittlerweile vergessen, dass diesseits der Oder im Bundesland Sachsen ebenfalls ein Stück Schlesien verblieben ist, dessen Hauptmetropole das geteilte Görlitz ist).

Günther Kowalczyk hat schon vor Erscheinen seines Haftbuches in zwei anderen Büchern über seine Heimat berichtet, vor allem über Groß Graben, das im einstigen Landkreis Oels gelegen ist bzw. war. Er wurde 1922 geboren, verlebte eine gute Kindheit und

nahm nach der Schule eine Büro-tätigkeit auf. Aufgrund seines Geburtsjahrgangs wurde er bei Beginn des Zweiten Weltkrieges zur Wehrmacht einberufen. Er erreichte den Dienstgrad eines Unteroffiziers und nahm an den Kämpfen an der Ost- wie auch der Westfront teil. In der Waffengattung Panzerjäger gehörte er zur 6. Armee des General Paulus, war beim Feldzug durch die Ukraine dabei, wurde aber noch vor der Belagerung Stalingrads wegen einer Verwundung abgezogen und später nach Frankreich abkommandiert. Hier geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Er wurde über den „großen Teich“ gebracht und erfuhr in den Staaten, wie man dort mit deutschen Soldaten umging. Seine Schilderungen ähneln denen, die der fast gleichaltrige Autor Günther Löffler in seinem Kriegsgefangenen-Roman „Finale in Texas“ beschreibt. Doch im Unterschied zu Löffler ereilt Kowalczyk nach der Entlassung nach Deutschland ein neues Unglück. Da er in seine Heimat östlich der Oder nicht zurück kann, verschlägt es ihn nach Stollberg (es ist jenes Stollberg mit dem berühmten Frauengefängnis Hoheneck). Er nimmt hier eine Arbeit auf und erkennt zugleich, dass die Sowjetische Besatzungszone, in der er nun lebt, eine Diktatur ist. Um sich Informationen zu beschaffen, fährt er des Öfteren nach Westberlin, besucht den Rias, nimmt Kontakte zu Freiheitsorganisation wie der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit auf. Eines Tages wird er im Zug kontrolliert. Er befindet sich auf der Rückfahrt von Berlin und hat in seiner Tasche eine westliche Zeitung. Die Kontrollposten nehmen sich das Recht heraus, seine Sachen, also auch die Taschen, zu kontrollieren; man findet diese eine Zeitung und nimmt ihn mit.

Von nun an gleichen die Bilder und Abläufe jenen, die wir zigfach gehört und auch gelesen haben. Die Verhöre, Folterungen, Proto-



kolle und Geständnisse, die zwar unterschrieben, aber niemals abgegeben wurden. Als Akteure die sowjetischen Offiziere, als Kulisse die finsternen Zellen und Verhörräume. Das Trauerspiel endet mit einer Zuchthausstrafe von 25 Jahren. Günther Kowalczyk wird nach Workuta, der „Heimat des Teufels“, geschafft, er erlebt jenes Elend, das vielleicht noch schlimmer ist als das der anderen sowjetrussischen Straflager. Und er überlebt, wenn auch auf unterschiedliche Weise im Vergleich zu anderen Leidensgenossen. Denn als er nach Deutschland, nunmehr die DDR, kommt, führt ihn der Weg nicht in die unfreie Freiheit des SED-Staates, sondern abermals in den „Knast“. Er ist einer von 749 Häftlingen, die das stalinistische System mit dem Vermerk, *Schwerstverbrecher* zu sein, nach Deutschland zurückschickt. Eine Antwort auf die ihn immer noch bedrückende Frage, aus welchem Grund er zum Schwerstverbrecher abgestempelt wurde, hat er nicht erhalten. Seine Rehabilitierungsurkunde ist wie andere Dokumente und Fotos in diesem durchaus interessanten Buch zu finden. A. R.

Günther Kowalczyk:
Einer von 749 „Schwerstverbrechern“ - Ein Kapitel deutschen Leidens unter der Stalin-Justiz, Münster Edition 2010

Gedenken für Opfer aller Diktaturen ist unverzichtbar

In Magdeburg gedachten VOS-Mitglieder am Volkstrauertag auch der Opfer des NS-Systems

Aus der Trauerrede unseres Kameraden Wolfgang Stiehl 20. November

Diese Gedenkstätte am Magdeburger Moritzplatz ist entsprechend der Vergangenheit des Ortes, den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft gewidmet. Wir haben uns heute hier zusammengefunden, um am Vortag des Volkstrauertages aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaften zu gedenken. Die Mitglieder unseres Vereins sind zwar durchweg Betroffene der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR-Diktatur. Dennoch gedenken wir aller unschuldigen Opfer aller Diktaturen. Und wir tun dies nicht nur heute, anlässlich des Volkstrauertages, sondern es ist bei uns seit Jahren üblich, bei unseren traditionellen jährlichen Busreisen stets Gedenkorte von Gewaltherrschaften aufzusuchen. Und dies sind – je nach Reiseziel – auch immer mal wieder Gedenkorte der NS-Diktatur wie Langenstein Zwieberge, Torgau (wo jeweils ein Gedenkstein für NS-Opfer und Kommunismus-Opfer nebeneinander bestehen – dann kommt an jeden Gedenkstein ein Kranz), oder auch Bernburg, wo wir unsere Gebinde ablegen. In diesem Jahr waren wir mit über 70 Mitgliedern am 25. August in der Gedenkstätte Isenschubbe bei Gardelegen wo 1.016 Opfer aus einem KZ-Todesmarsch grausam ermordet wurden, nur 25 Todesmarschteilnehmer überlebten.

Unsere Begründung auf die Frage „Warum besuchen Sie NS-Gedenkstätten?“ lässt sich in einem Satz ausdrücken: Weil wir überzeugt sind, dass jedes Opfer jeder Diktatur ein Opfer zu viel ist.

Weil wir weiter glauben, dass, bei aller Unterschiedlichkeit der Diktaturen vom Kriminalgewicht und der Opferanzahl in den Diktaturen, jedes einzelne individuelle Opfer das Recht haben sollte, dass seine Leiden nicht nach der Mengenlehre und Statistik beurteilt werden, sondern nach dem in jeder Diktatur vergleichbaren Leidensdruck auf das einzelne Individuum. Dabei ist es – so meinen wir, gleichgültig, ob eine Diktatur nun der gewaltsamen Durchsetzung des Rassenwahns oder der gewaltsa-

men Durchsetzung des Klassenwahns und einer atheistischen materialistischen Weltanschauung und der Herbeiführung einer völlig utopischen klassenlosen Gesellschaft diene.

(Es stimmt, Mord wiegt nun mal mehr als nur Totschlag in der Kriminalitätsbeurteilung, und es gibt nun mal mehr Holocaust-Opfer als Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland – aber wir meinen, das berechtigt keineswegs zu einer unwürdigen Hierarchisierung der Opfer in Opfer erster und zweiter Klasse.

Die Mehrzahl unserer Mitglieder hat am eigenen Leib die erbarmungslose physische und psychische Folge der Folter der sowjetischen Untersuchungsorgane erlebt oder die weniger nachweisbare vorwiegend psychische Folter der Stasi-Untersuchungsorgane ab Beginn der fünfziger Jahre. (Totalisolation, Schlafentzug, Erpressung durch Androhung von Partnerverhaftung- und Kindes/Sorgerechtsentzug, keinerlei Beachtung vorhandener Haftunfähigkeit, Verweigerung notwendiger medizinischer Hilfe u.a.m.). Insbesondere die Auswirkungen der Lager- und Haftbedingungen in den nachgenutzten NS-KZ bis 1950 wie Unterernährung, Kälte, Überbelegung, erzwungene Untätigkeit, Hoffnungslosigkeit, Totale Verweigerung von Brief- und Besuchskontakten sind vielen unserer Mitglieder durchaus bekannt und führen – auch im Zusammenhang mit dem bis zu über 40 Jahre geltenden Schweigegebot über die erlebte Haft, immer wieder zu Retraumatisierungen.

Unsere Mitglieder können deshalb ganz besonders das Leid, die betrogene Hoffnung auf das Leidensende und das Entsetzen der in der Gedenkstätte Isenschubbe, einen Tag vor ihrer möglichen Befreiung durch amerikanische Ar-

meeinheiten, um ihr Leben gebrachten KZ-Häftlinge nachempfinden. Sie drücken ihre Ehrung der Opfer dieser NS-Diktatur durch den Besuch von deren Gedenkstätten und das Ablegen von Blumengebinden am Gedenkstein für die Opfer aus. *W. Stiehl*



Opfergedenken auch in Falkenberg

Auch im Brandenburgischen Falkenberg, wo Kameradin Irene Thomas im Namen der VOS einen Kranz (Foto) für die Opfer der kommunistischen Herrschaft niederlegte, wurde durch Pfarrer und Bürgermeister am Volkstrauertag der Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft gedacht. Auch wenn die Teilnahme zahlenmäßig nicht so umfassend wie in den Vorjahren ausfiel, ist doch das Gedenken ein wichtiger Bestandteil der Aufarbeitung und der Würdigung geleisteten Widerstandes. So wie in Magdeburg steht auch an diesem Platze das Motto obenan: Nie wieder Gewalt, nie wieder unschuldige Menschen opfern. Die VOS dankt Kameradin Thomas für ihren beharrlichen und zugleich beherzten Einsatz im Sinne der Opfer. *Valerie Bosse*

Die Haftbedingungen waren unvorstellbar

Heinz Richter berichtet über seine langjährigen Erfahrungen mit Gutachtern

Ich beziehe mich auf den Beitrag in der Fg 709 „Auf ein Wort des Redakteurs“, in dem es um die Gutachtertätigkeit durch die Versorgungsämter geht. Ich fühlte mich bei der Feststellung, dass einem Häftling ein Zahn ohne Betäubungsspritze gezogen wurde, angesprochen und erinnerte mich an einen Beitrag in der Sächsischen Zeitung (siehe unten) vom 2. April 1990. Ich wurde damals vom Carolinum der Uni Frankfurt (M.) betreut bzw. behandelt. Dies ist eine renommierte Zahnklinik. Als ich die Rechnung für die Behandlung erhielt und ich diese zwecks Erstattung an das Versorgungsamt schickte, da sich die Notwendigkeit der Behandlung infolge der politischen Haft in der DDR ergeben hatte, erhielt ich einen Bescheid, in dem es hieß, ich hätte mir im Zuchthaus nicht die Zähne geputzt, wodurch die Schäden an meinen Zähnen eingetreten wären. Auch der Richter am Sozialamt fand diese „Argumentation“ richtig. Das Versorgungsamt war zuvor sogar soweit gegangen, die Behörden der DDR anzuschreiben, um sich wegen der Haftleiden nach meinem damaligen Gesundheitszustand zu erkundigen.

Ich halte eine derartige Verfahrensweise bis heute für absurd, wenn nicht gar für verbrecherisch. Es musste von vornherein klar sein, dass die DDR jede Schuld an der skandalösen Behandlung ihrer Strafgefangenen ablehnen würde.

Meine daraufhin an weitere Behörden in der Bundesrepublik gerichteten Beschwerden, auch die an „meine“ Partei, die SPD, blieben ohne Wirkung. Offenbar teilte man die Ansicht des Versorgungsamtes, die DDR-Haft sei eine Art Erholungsaufenthalt in einem Ferienheim gewesen, von wo man als kerngesunder Mensch in den Alltag zurückkehrte.

Ich möchte daran erinnern, dass sich viele Verzweifelte in den Strafanstalten der DDR das Leben nahmen, weil sie seelisch und körperlich litten. Mit der Aussicht auf eine spätere Ausreise in die Bundesrepublik verband fast jeder die Hoffnung auf Gerechtigkeit, und dies nicht nur in

Form schöner Worte. Wir ehemaligen politischen Gefangenen gingen auch davon aus, dass man uns helfen würde, unsere Gesundheit zurückzuerlangen und dass dies ohne wesentliche Formalitäten geschehen könne.

Dies erweist sich bis heute als Trugschluss. Zwar kann man nicht erwarten, dass jeder Gutachter eine detaillierte Kenntnis über die heute unvorstellbaren Haftbedingungen und die fast gänzlich fehlende medizinische Betreuung in der Haft haben kann. Aber es gibt einige wenige Gutachter, die dieses Wissen haben, und diese sollte man dann ausschließlich für die Erstellung von Gesundheits-Gutachten einsetzen. Man setzt ja beispielsweise bei der TÜV-Überprüfung eines PKW auch keinen Experten für Schwerlastkräne ein. Ich wünsche mir, dass sich unser Bundesvorstand dieser Problematik annimmt und sie der Regierung vorträgt. Es geht hier nicht um Kleinigkeiten, sondern um Recht und Wiedergutmachung. Die Kameradinnen und Kameraden haben in der Haft der SBZ und der DDR schwer gelitten. Sie leisteten individuell einen hohen Beitrag zum Zusammenbruch der DDR und zur Wiedervereinigung unseres Landes. Bei vielen sind nun die Kräfte erschöpft, sie können sich nicht gegen die geschliffenen Standardsätze der Mitarbeiter der Ämter wehren und haben den rechthaberischen Ausführungen der Sozialrichter wenig entgegenzusetzen.

Heinz Richter, 91 Jahre

Über Heinz Richter, Sächsische Zeitung vom 2. April 1990:

Er war 1949 als Postangestellter in Dresden von einem sowjetischen Militärtribunal zu einer hohen Haftstrafe verurteilt worden, weil er sich als SPD-Genosse gegen die Vereinigung mit der KPD ausgesprochen hatte und sich über die Verletzung des Postgeheimnisses durch sowjetische Behörden beklagt hatte. In Bautzen hatte man ihm mit der Kombizange die Zähne herausgebrosen.

Runder Geburtstag des Berliner EX-OB Diepgen

Nachträglicher Glückwunsch der VOS

Bereits im November beging der ehemalige Regierende Bürgermeister Berlins Eberhard Diepgen seinen 70. Geburtstag. An die Glückwünsche, die er zahlreich erhielt, schließt sich hiermit auch die VOS an.

Eberhard Diepgen regierte die Hauptstadt bis 2001 mit sicherer Hand und im Sinne der gesamten Bevölkerung seiner Stadt. Er setzte sich nach der Wiedervereinigung mit Nachdruck dafür ein, dass Berlin wieder Hauptstadt wurde. Dabei handelte er auch im parteiübergreifenden Sinn.

Auch für die SED-Opfer war Diepgen ein hilfsbereiter Partner. Vor allem hat er die Opferverbände immer unterstützt, an Gedenkveranstaltungen teilgenommen und Gespräche mit den Landesvorständen geführt. Für das 50-jährige VOS-Jubiläum in 2000 stellte er für die Festschrift ein angemessenes Grußwort zur Verfügung.

Man darf hoffen, dass Eberhard Diepgen wieder sichtbarer auf die Bühne der Politik zurückkehren wird. *A. R.*

Linkspartei baut ab

Mitgliederschwund

Einer Meldung des *Tagesspiegel* zufolge verringert sich der Mitgliederbestand der Partei Die Linke äußerst rasant. Während es im vorigen Jahr noch rund 78.000 Mitglieder waren, seien es in 2011 schon 8.000 weniger. Wenn sich der Trend fortsetze, so werde die Zahl der Parteimitglieder bis 2020 auf womöglich 58.000 sinken. Aus Leserbriefen und Gesprächen im ND wird erkennbar, wie unzufrieden man an der Basis mit der Führung dieser Partei inzwischen ist. Zudem ist die Parteibasis offenbar von einer hohen Überalterung gezeichnet. Gerade diese Alten bilden den Stamm der Partei. *T. H.*

Jede sich bietende Gelegenheit der Aufarbeitung muss genutzt werden

NRW-Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg würdigt das VOS-Zeitprojekt - Empfang unserer Zeitzeugengruppe im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Nach gut dreijähriger erfolgreicher Zeitzeugenarbeit an den Schulen in Nordrhein-Westfalen hat endlich auch die Politik im Landtag diesen Einsatz anerkannt.

Anlässlich eines Empfangs im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 16. November 2011 würdigte der Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg das Engagement und die Arbeit der VOS-Zeitzeugengruppe in NRW. Er dankte uns ganz ausdrücklich für unseren Einsatz und bestärkte uns darin, diesen Weg weiter fortzusetzen, da auch er die Notwendigkeit der ehrlichen und offenen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur gerade bei der jüngeren Generation für unerlässlich hält. Dabei bot er uns im Einzelfall auch seine Unterstützung an.

Für die beteiligten Zeitzeugen war dieser Empfang durch den Landtagspräsidenten ein herausragendes persönliches Ereignis. Sie empfanden die besondere Anerkennung und Würdigung ihres persönlichen Schicksals und ihrer Tätigkeit in der Projektgruppe und nahmen dies mit entsprechender Befriedigung auf.

Genau solche Zeichen seitens der Politiker bzw. der Repräsentanten unserer Gesellschaft sind es, die der neue Bundesbeauftragte Roland Jahn meinte, als er u. a. forderte, die Opfer der SED-Diktatur müssten in der Gesellschaft mehr

Achtung und Anerkennung erfahren.

Bei Kaffee, gutem Kuchen und schönem Ausblick - mit direktem Blick auf den Rhein - fand ein ca. eineinhalbstündiges angeregtes Gespräch zwischen den Zeitzeugen und Herrn Uhlenberg statt. Dabei hatte jeder der Anwesenden die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern. Eingangs gab der Projektleiter Detlef von Dechend einen kurzen Überblick zum Projekt, wobei er - an die anwesender Politiker adressiert - besonders auf die Notwendigkeit einer stärkeren öffentlichen Auseinandersetzung, ähnlich wie mit der NS-Zeit, auch mit der SED-Diktatur hinwies. Ein guter Ansatzpunkt wäre in diesem Zusammenhang die Verwirklichung der Anregung der OSZE von 2009, den 23. August jeden Jahres zum Gedenktag für die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus zu machen.

Eine inzwischen oft an Politiker gestellte Anregung bzw. Forderung betraf die Anerkennung und Begutachtung von gesundheitlichen Haftschäden, insbesondere deren psychosoziale Aufarbeitung. Als Schwerpunkte wurden insbesondere zwei Punkte angesprochen: die Einführung der Beweislastumkehr für das Anerkennungsverfahren und der durchgängige Einsatz qualifizierter, mit der speziellen Problematik von politischer Haft ver-

trauter Gutachter bei der Bewertung. Bezüglich der Aufklärung an den Schulen ist eine konsequente Überarbeitung der Schulbuch-Texte zum Thema „Geschichte der DDR“ ebenso unabdingbar.

Der Landtagspräsident hatte für die vorgetragenen Themen ein offenes Ohr. Es bleibt allerdings abzuwarten, welchen Einfluss er selbst auf diese Punkte nehmen kann.

Wir wissen doch aus der langwierigen Diskussion um die „Opferrente“, wie lange Entscheidungsprozesse in unserer politischen Landschaft brauchen. Doch um etwas zu unseren Gunsten zu verbessern, müssen wir jede sich bietende öffentliche Gelegenheit nutzen, um den Finger in die Wunde zu legen.

Als durchaus begrüßenswerten Nebeneffekt dieses Empfangs wurde unsere Vereinigung durch die Landtags-Presseveröffentlichung mit einer recht ausführlichen Text-Information besonders in den Fokus gerückt - siehe Presseinformation des Landtags vom 16. November 2011 (www.landtag.nrw.de).

Alles in allem war dieser Empfang beim Landtagspräsidenten von Nordrhein-Westfalen sowohl für die VOS als Verein als auch für die VOS-Zeitzeugengruppe ein voller Erfolg.

Detlef von Dechend, Projektleiter

DDR-Autoren: Verklärung und (gewollte) Blindheit über alles

Tote DDR-Schriftsteller trotz Belastung auf die glorreichen Sockel der Nachwelt erheben?

Anfang Dezember starb die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf. Anlass für die Medien, sie noch einmal als großartige Autorin, der man doch eigentlich noch den Literatur-Nobelpreis gegönnt hätte, sie als wage-mutige Dissidentin herauszustellen. Geschah das zu Recht? War es nicht so, dass Christa Wolf stets die unverbrüchliche Verbundenheit zur DDR demonstrierte? Hat sie im Dreibuchstabenland nicht immer ihr warmes Nest gehabt, sich zugleich jedoch ungeniert an den Fleischtöpfen des Westens, wo sie in Mengen Bücher verkaufte, bedient? Nie befand sie sich in irgendeiner wirklichen Gefahr, nie setzte sie sich für gefährdete Dissidenten ein. Auch ihre Unterschrift unter den Appell gegen die Biermann-Ausbürgerung wirkte eher peinlich und fadenscheinig. Dafür jedoch hatte sie sich als IM verpflichtet, rief sie damals, da es im

November 1989 gäbe, die Massen auf, die DDR nicht zu verlassen.

Nicht minder absurd mutet das Vorhaben an, den DDR-Schriftsteller Erwin Strittmatter in Spremberg zu dessen 100. Geburtstag umfassend zu ehren. Schon vor einigen Jahren stellte sich heraus, dass Strittmatter während des Zweiten Weltkrieges einer SS-Gattung angehörte. Man vergegenwärtige sich, welche üble Rolle diese bewaffnete Truppe während des Krieges spielte, und man bedenke, welche Verbrechen Neo-Nazis in der jüngsten Vergangenheit begangen haben. Verhilft man mit einer solchen Ehrung nicht ganz bewusst der NPD zu einer großartigen Vorbildfigur und verharmlost somit die NS-Diktatur? Reichte es nicht, dass die angeblich antifaschistische DDR einen solchen Mann zum Jugendvorbild machte. *B. Thonn*

Eines der größten Stasi-Spektakel seit Bestehen der DDR

Vor genau dreißig Jahren reiste der damalige Bundeskanzler in die DDR

Historische Ereignisse geraten allgemein schnell in Vergessenheit. Dass es mit dem Treffen zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt, den deutschen Führungspolitikern der späten 1970er und der frühen 1980er Jahre nicht so ist, liegt vor allem an jenem Bonbon, das der einstige Insasse des Zuchthauses Brandenburg bei der Verabschiedung dem heute 92-jährigen Schmidt durch das Zugfenster reichte. Es sollte ein bisschen Leichtigkeit, wenn nicht gar Amüsement in den ansonsten eher trostlosen und von den Wahnvorstellungen der SED-Riege begleiteten „Meinungsaustausch“ bringen. Denn allzu viel ungezwungene Atmosphäre lässt sich diesen Tagen im Jahr 1981 in Güstrow nicht nachsagen. Die Situation in Polen lag wie ein dumpfer Schleier über den deutsch-deutschen Beziehungen, zumal Moskau das Treffen Honecker-Schmidt mit der Order an Warschau belastet hatte, über Nacht den Ausnahmezustand zu verhängen. Abgesehen davon hatte die DDR-Regierung mit den eigens in für dieses Treffen eingeleiteten Maßnahmen genug Unrecht gegenüber der eigenen Bevölkerung angerichtet. Das, was zu NS-Zeiten als Schutzhaft galt, wurde auch hier praktiziert, da man nicht noch einmal solche Unruhen erleben wollte wie elf Jahre zuvor beim Besuch Willy Brandts, als die Massen den Bundeskanzler bejubelten und den begossen dastehenden Stoph schmäheten. Sorgsam ermittelte man die potenziellen Unruhestifter und Staatsfeinde und setzte sie fest. Egal, ob Hausarrest, Haftpsychiatrie oder Untersuchungshaft, es wurde alles getan, um Ärger und Störungen zu vermeiden.

Als einen sehr wichtigen Zeitzeugenbericht veröffentlichten wir nebenstehend die Schilderung des Kameraden Lothar Tiedtke von Koß, der in der Psychiatrie der DDR besonders schlimme Erfahrungen gemacht hat. Die Leidensgeschichte wurde bereits in früheren Ausgaben ausführlich abgedruckt. Der hier veröffentlichte Bericht war für die online-Ausgabe der Ostsee-Zeitung gedacht.

Dass Helmut Schmidt, entgegen anders lautenden Meldungen, eine gute Meinung von Honecker hatte, widerlegt sein nebenstehend angefügtes Zitat, das im Internet zu finden ist.

Valerie Bosse

Unfreiwillig Zeitzeuge geworden

Aus Angst vor Unruhe-Verhalten wurde Lothar Tiedtke v. Koß in die Psychiatrie verfrachtet

Nicht nur Historiker, auch Zeitzeugen der größten Stasi-Aktion in der Geschichte der DDR können Ergänzungen zu dem Ereignis aus eigenem Erleben beitragen.

Die Aktion „Dialog“ der Staatssicherheit erstreckte sich auf die drei Nordbezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock. Als Wahlverweigerer der Volkskammerwahl 1981 wegen des Protestes von erteiltem Berufsverbot kam ich ohne Gerichtsurteil in die Haftpsychiatrie Stralsund.

Die Zustände die zum Zeitpunkt des Besuches von Kanzler Schmidt in der geschlossenen Anstalt herrschten, beschreibe ich an anderer Stelle. (*Gemeint sind die Berichte in der Fg – d. Red.*)

Nicht nur in Güstrow, nein im gesamten Norden der DDR galt der Ausnahmezustand. Personen die als „Unsicherheitsfaktor“ eingestuft wurden, kamen ohne eine rechtliche Grundlage in „Sicherheitsverwahrung“. Fingiert ausgestellte Diagnosen sollten den Verbleib in der Haftpsychiatrie rechtfertigen. Honecker und Schmidt sollten keinen „Fremdkontakt“ zu der Wirklichkeit in der DDR bekommen, sprich zu Menschen, die auf Missstände in der DDR Hinweise geben wollten. Der Artikel gibt die historischen Daten wieder. Zeitzeugen können mehr als historische Daten zum Besuch 1981 liefern.

Leider werden ihre schmerzlichen Erfahrungen nicht abgedruckt. Leser der Ostsee-Zeitung würden sich über einen Zeitzeugenbericht hinter der Kulisse der historischen Daten des Besuchs von Kanzler Schmidt sehr freuen. Sie würden für Menschen, die in jener Zeit durch ihr Auftreten gegen die DDR-Diktatur ihre Freiheit eingebüßt haben, ein Zeichen setzen. *Lothar Tiedtke von Koß*

Ich habe ihm innerlich seine langen Zuchthausjahre unter den Nazis und die Standhaftigkeit zugutegehalten, mit der er an den kommunistischen Idealen seiner Jugend festgehalten hat. Aber im Gespräch benutzte er oft vorgeprägte Redensarten. Er ist mir als ein Mann von beschränkter Urteilskraft erschienen. Er war zwar ein freundlicher Gastgeber, für mich ist er jedoch ein Gegner geblieben, bis zu seinem Tode im Exil auch ein Gegner der deutschen Vereinigung.

Kanzler Helmut Schmidt über Erich Honecker

Wir trauern um

**Kurt Szickora
Karl-Heinz Marschall
Manfred Truhel
Karl-Heinz Dubian
Wolfgang Ullrich
Otto Hoyer
Waltraut Klann
Adam Erhard Adamski
Gerhard Unger
Karl Maier
Willibald Schuster
Gerhard Ringelhann
Gottfried Bretschneider**

**Bezirksgruppe Cottbus
Bezirksgruppe Detmold
Bezirksgruppe Ulm
Bezirksgruppe Cottbus
Bezirksgruppe Oranienburg
Bezirksgruppe Erfurt
Bezirksgruppe Rhein-Ruhr
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Halle
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Rhein-Ruhr
Bezirksgruppe Bonn**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Nach zwanzig Jahren guter Arbeit Zielstellung erweitern

VOS-Bezirksgruppe Chemnitz kündigt in sächsischer Freie Presse weitere Themen an

So wie jedes Jahr im November traf sich die VOS-Bezirksgruppe Chemnitz auch diesmal wieder zu ihrer alljährlichen Versammlung im Ratskeller der sächsischen Metropole, die während der DDR-Ära den Namen Karl-Marx-Stadt trug und von deren MfS-Untersuchungshaftanstalt zahlreiche freigekaufte Häftlinge die Reise in das westliche Auffanglager Gießen antraten. In diesem Jahr wurde insbesondere des runden Jubiläums der Gründung der VOS-Bezirksgruppe gedacht. Dies geschah am 17. April 1991 und war folgerichtig auch Anlass für eine besinnlich konstruktive Rückschau des Bezirksgruppen-Vorsitzenden Holker Thierfeld.

Holker Thierfeld wies vor der stattlichen Teilnehmerschar von 35 VOS-Kameradinnen und -Kameraden nicht ohne Stolz auf die bisher geleistete Arbeit hin. Hierzu zählen Gedenkveranstaltungen, die an den jeweiligen geschichtsträchtigen Tagen des Jahres stattfinden und von denen auch ausführlich in der Freiheitsglocke zu lesen ist. Ebenso nannte er die politischen Bildungsgespräche und die Zeitzeugenauftritte von VOS-Mitgliedern an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Letzteres verband sich indessen mit der Einschränkung, die wir nahezu flächendeckend in Deutschland erleben und die das schlichte Fazit beinhaltet: Es könnte bedeutend mehr sein, wenn die zuständigen Lehrerinnen und Lehrer mehr Engagement und Interesse zeigen würden.

Der Rückblick indessen war das eine, zum anderen galt und gilt es, weitere Ziele abzustecken und die begonnenen Themen auszubauen. Schwerpunkt für die VOS-Arbeit soll somit neben der Vergangenheitsaufarbeitung die bessere Anerkennung von gesundheitlichen Haftschäden sein, die im Zuge der Reha-Gesetze bisher immer wieder erhebliche Probleme bereitet. Das betrifft die Gewährung von Entschädigungen sowie die kostenlose Behandlung im medizinischen Bereich. Nach wie vor kann man nicht davon ausgehen, dass die Gutachter, zu denen man gesundheitlich geschädigte ehemalige Häftlinge schickt, über die notwendige Feinfühligkeit und leider auch nicht über eine hinreichende Kompetenz verfügen. Eine Feststellung, die freilich nicht nur den Chemnitzer Raum betrifft.

Auch der Opfergruppe der berüchtigten Jugendwerkhöfe und staatlichen Erziehungsheimen will sich die Chemnitzer VOS umfassender widmen. Hier fehlen weitestgehend angemessene Wiedergutmachungsbeschlüsse, da vor allem von Seiten der einstmaligen Verantwortlichen für die Vertuschung von begangenen grobem Unrecht und der Menschenrechtsverletzungen gesorgt wird. Es werden auch hier Entschädigungen und die Anerkennung von gesundheitlichen Schäden erwartet. Wenn man in öffentlicher Breite die Missbräuche an kirchlichen Heimen und Schulen anprangert, so ist es unerlässlich, sich den an Jugendlichen in der DDR begangenen Verbrechen ebenso zu stellen. Es ist daher wichtig und anerkennenswert, dass sich die Chemnitzer Gruppe, die übrigens noch eine stattliche Mitgliederzahl von 139 Kameradinnen und Kameraden aufweisen kann, diesen Aufgaben widmen will. Erfreulich, dass die Freie Presse, eine Zeitung mit Breitenwirkung, so ausführlich über die Veranstaltung der VOS berichtet hat. *B. Thonn*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (711) erscheint im Januar 2012

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 710: 10. Dez. 2011